

ARBEIT ZUKUNFT

FRIEDEN! ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Sonderausgabe

Corona-Krise

März / April 2020

Krisenhilfe für Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose, für das Gesundheitswesen – statt für das Kapital!

Die Börsen haben das Corona-Virus. Hatte der DAX am 12.2.20 ca. 14.000 Punkte, so stürzte er bis zum 16.3.20 auf rund 8.700 Punkte ab. Innerhalb eines Monats verlor er fast ein Drittel. Die Tendenz geht weiter runter. Kapitalgeber und Aktienbesitzer sind in Panik, weil ihr globalisiertes Ausbeutungssystem zusammenzubrechen droht. Damit wurde es hektisch in Deutschland.

Geld unbegrenzt für das Kapital!

Mit breitem Lächeln saßen Anfang März Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bei der Bundespressekonferenz und verkündeten, der Staat halte unbegrenzt Geld für das Kapital bereit. SPD-Finanzminister Olaf Scholz wurde militärisch: „Das ist jetzt die Bazooka, was wir tun. Was wir an Kleinwaffen brauchen, sehen wir später.“ (Bazooka ist eine panzerbrechende Waffe)

Welch eine Demagogie der Herrschenden, alle müssten jetzt Opfer bringen! Wohnungskonzerne kassieren weiter Mieten, auch wenn Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte Löhne oder Jobs verlieren. Banken verzichten nicht auf Kreditzinsen und -tilgungen, weil die Schuldner wie Kleinbetriebe unverschuldet schwere Einnahmeverluste erleiden. Nein, Kapitalist/innen müssen keine Opfer bringen, für die ist schon wieder der Tisch fett gedeckt!

Wann hat man schon einmal einen solchen massiven Einsatz dieser Bundesregierung gesehen?

Gesundheitswesen? Fehlanzeige! Das wurde weitgehend privatisiert und kaputt gespart. Das Personal schafft überm Limit.

Bildungswesen? Fehlanzeige! Marode Schulen, Lehrermangel, überfüllte Unis!

Pflege? Fehlanzeige! Pflegepersonal ist

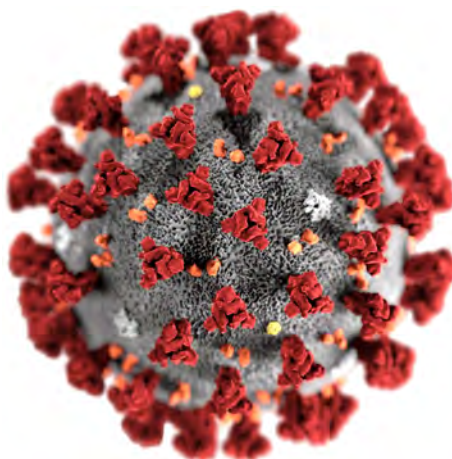


Foto: wikipedia, CC-Lizenz

unterbezahlt und knapp, die Pflegekosten steigen dramatisch. Auch hier Privatisierung und das Diktat des Maximalprofits.

Arbeitslosigkeit? Fehlanzeige! Statt Hilfe für die Betroffenen herrscht das brutale Hartz-IV-Regiment mit Strafen und einem Leben unter dem Existenzminimum.

Da heißt es immer: Es ist kein Geld da! Wir müssen sparen!

Das Gesundheitswesen braucht dringend Milliarden und ein Ende der Privatisierung

Nicht nur dass in den zurückliegenden Jahren das Gesundheitswesen durch Privatisierung und Sparmaßnahmen zerstört wurde: Beschäftigte arbeiten am Limit. Schon im Normalfall sind die Kapazitäten mehr als knapp. Krankenhäuser und Praxen sind voll.

Die Bundesregierung hat schon 2012 eine Risikoanalyse für eine Pandemie durch ein Virus aus der Corona/SARS-Gruppe machen lassen. Diese ging auch ans Parlament. Corona oder Sars-CoV-2 gehört zu der Gruppe der Corona-Viren. Es unterscheidet sich zwar in Details von dem Virus in der Risikoanalyse, weist aber im Verlauf der Pandemie viele Ähnlichkeiten auf. (Mehr Infos zu der Studie bei google

unter „risikoanalyse pandemie 2012“)

Durch diese Risikoanalyse wusste die Bundesregierung, dass bei einer ungebremsten Ausbreitung die medizinische Versorgung innerhalb weniger Wochen zusammenbricht. Die Studie ging davon aus, dass es zu mindestens 7,5 Millionen Toten kommt, also fast 10% der Bevölkerung.

Bei Corona ist das Risiko geringer, aber das Risiko ist immer noch hoch.

Bundeschkanzlerin Merkel meinte am 12.3., dass sich bis zu 70 % der Bevölkerung in Deutschland mit dem Virus infizieren. Das wären bis zu 58 Mio. Menschen. Bei einer Sterblichkeitsrate zwischen 0,5-4 % würden im günstigsten Fall 250.000 Menschen, im schlimmsten Fall 2,3 Mio. sterben!

Die Bundesregierung hatte seit 2012 rund acht Jahre Zeit, um sich auf ein solches Szenario vorzubereiten! Sie machte das Gegenteil! In diesen 8 Jahren wurde weiterhin massiv privatisiert und das Gesundheitswesen zu einem Markt und einem Ziel immer höherer Profite umgeformt. Krankenhäuser wurden als „unrentabel“ geschlossen, Personal ausgedünnt, rationalisiert.

Beruhigungspillen statt Vorbereitungen

Die Bundesregierung ließ selbst nach dem Ausbruch von Corona wertvolle Zeit verstreichen. Nicht einmal die primitivsten Vorsorgemaßnahmen wurden getroffen.

Hatte Spahn (CDU) vor allem mediale Beruhigungspillen „alles sei in Ordnung“ verteilt, musste er, als es ernst wurde, eingestehen, dass nicht genug Masken und Schutzkleidung für das medizinische Personal vorrätig sind. Unter dem Druck der Ereignisse verhängte er einen Exportstopp für dieses Material, der aber für EU-Länder zurückgenommen werden musste. Trotzdem wird es auf der Spitze der Pandemie nicht reichen. Ob Nachschub kommt, ist

ARBEIT ZUKUNFT

Kontakt zu uns:

Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart
oder
info@arbeit-zukunft.de

Du kannst gern 2 Probeexemplare unserer Zeitung „Arbeit Zukunft“ kostenlos anfordern.

www.arbeit-zukunft.de

beim derzeitigen Zusammenbruch der internationalen Versorgung völlig ungewiss.

In China und Südkorea, wo nach anfänglich skandalöser Vertuschung relativ rasch drastische Maßnahmen ergriffen wurden, geht die Zahl der Neuerkrankungen inzwischen wieder zurück. D.h. Die Ausbreitung wurde massiv ausgebremst und somit viele Millionen Menschen geschützt. Das ging natürlich auf Kosten der Ökonomie. Beide kapitalistischen Länder mussten enorme Verluste hinnehmen. Aber die Maßnahmen wirken und haben Schlimmeres für die Menschen und die Wirtschaft – verhindert.

Die Bundesregierung und Gesundheitsminister Jens Spahn, CDU, haben solche radikalen Maßnahmen abgelehnt und so getan, als hätten sie alles im Griff. Tatsächlich steigt die Kurve der Ansteckungsrate in Deutschland explosionsartig nach oben.

Natürlich bedeuten Reisebeschränkungen, Kontrollen an den Grenzen, Schließungen von Einrichtungen, Absagen von Großereignissen große finanzielle Verluste, können aber die Ausbreitung verlangsamen, eindämmen. Spahn und Co. stellten das jedoch als unnützlich dar. Beispielsweise wurde die Fiebermessung an den Grenzen als „Unsinn“ hingestellt. Jetzt, wo die Ausbreitung enorm ist, finden sie an der Grenze zu Frankreich statt. Der Schaden ist um ein Vielfaches größer, als wenn man solche Maßnahmen rasch ergriffen hätte. Die 2-3 Wochen wären schon überstanden. In China sind viele Beschränkungen wieder aufgehoben. In Südkorea ist die Aufhebung von Beschränkungen absehbar.

In Deutschland hat sich das Virus so ausgebreitet, dass die Lage selbst mit den nun ergriffenen drastischen Maßnahmen nicht kontrollierbar ist. Daher geht Bundeskanzlerin Merkel ja davon aus, dass sich 60-70% der Bevölkerung anstecken können.

Verschwörungstheorien? Nicht nötig! Der Kapitalismus ist schlimmer als jedes Virus!

Im Internet kursieren Verschwörungstheorien vor allem von Rechten, die nicht belegbar sind. So wird darauf hingewiesen, dass im Raum Wuhan ein Biolabor der höchsten Gefährdungsstufe steht und dort eine Virusmutation entwichen sein *könnte*. Beweise: Null! Das Biolabor gibt es. Der Rest ist Spekulation. Es wird auch darauf verwiesen, dass die Bill-Gates-Stiftung schon länger vor einer Pandemie mit Millionen Opfern weltweit warnt. Stimmt. Es handelt sich allerdings um seriöse wissenschaftliche Studien wie auch die oben erwähnte Studie der Bundesregierung. All diese Studien sind bekannt. Aber es wird daraus „Geheimwissen“, eine „Verschwörung“ und noch vieles mehr konstruiert.

Den Theorien ist gemeinsam, dass nicht

das Kapital angegriffen wird, sondern „dunkle Mächte“. Dabei ist der „normale“ Kapitalismus das schlimmste und aggressivste Virus.

Einige Beispiele:

In Deutschland sterben jährlich rund 67.000 Menschen durch mangelnde Hygiene in Krankenhäusern und Praxen. Unter wirtschaftlichem Druck wurden in Krankenhäusern die Putzkolonnen in Fremdfirmen ausgelagert, wo Leiharbeiterinnen für Niedriglohn und unter Zeitdruck die Krankenhäuser reinigen. Dass da die Hygiene leidet, ist kein Wunder. Kapitalismus!

Beispiel MRSA, also multiresistente Krankenhauskeime. In den Niederlanden wird jeder Neuzugang in Krankenhäusern auf MRSA untersucht. Das kostet Geld, klar! In Deutschland spart man sich das. Dafür ist die Gefahr an solchen Keimen zu sterben, für die es kaum noch wirksame Medikamente gibt, in Deutschland um ein Vielfaches höher. Alles für den Profit!

Damit im Zusammenhang steht die ungebremste Verwendung von Antibiotika im Gesundheitswesen, aber auch bei der Massentierhaltung. Das senkt die Kosten und erhöht den Profit! Dafür werden systematisch immer mehr resistente Keime gezüchtet. Mediziner warnen schon seit langem davor, dass irgendwann Antibiotika kaum noch oder gar nicht mehr wirken. Aber Gesundheitsminister Spahn (CDU) und die Agrarministerin Klöckner (CDU) schützen diesen Einsatz, weil es dem Profit nützt.

Weiten wir unseren Blick auf die ganze Welt, so sterben täglich 24.000 Menschen an Hunger und Unterernährung! Das sind pro Jahr über 8 Millionen Menschen! Drei Viertel davon sind Kinder unter 5 Jahren.

Wo gibt es deswegen Krisensitzungen? Fehlzanzeige!

Unbegrenzte Milliardenhilfen? Fehlzanzeige!

Die Welthungerhilfe der UN beklagt, dass sie noch nicht einmal die Mindestgelder gezahlt bekommt. Doch Hungerleider sind für den Profit unwichtig. Nur gelegentlich liefert man, um human zu erscheinen, ein paar Überschüsse aus den Lagerhäusern - aus Spendengeldern finanziert.

Man braucht keine Verschwörungstheorien, um das zu erklären. Der Kapitalismus ist ein mörderisches System! Für den Profit werden Menschen ausgebeutet und die Natur zerstört.

Woher kommen Pandemien?

Viren mutieren sehr rasch, da sie ihr Erbgut über die weniger stabile RNA weitergeben, die durch Umwelteinflüsse leicht veränderbar ist. Für die Menschen bedeutet das, dass sie gegen neue Varianten keine oder keine ausreichende Resistenz haben. Es dauert immer eine gewisse Zeit, bis sich die entwickelt. Bis dahin können sich Viren

wieder verändern, sodass der Kampf ums Überleben von vorne losgeht. Die Erforschung und Entwicklung wirksamer Gegenmittel dauert und ist sehr teuer.

Umweltbelastungen können die Mutationsrate beschleunigen, da solche Belastungen Anpassungen erzwingen. Da das Kapital in seiner Gier nach Profit die Umwelt zunehmend verseucht, trägt es dazu bei, Mutationen zu beschleunigen oder wie im Fall multiresistenter Keime (MRSA) diese zu züchten. Die Region um Wuhan ist ein wichtiger Standort der chinesischen Chemie- und Pharmaindustrie. Allerdings gibt es bisher keine gesicherten Erkenntnisse, wie und wo das Corona-Virus entstand.

Die Corona-Pandemie ist sicher nicht die letzte. Schlimmere können folgen.

Durch die globalisierte Wirtschaft verbreiten sich Viren in Windeseile über den Globus. Die Bill-Gates-Stiftung unterstützt und veröffentlicht Forschungen zu Pandemien, weil das auch für das Kapital eine Gefahr ist. Hier aber kommen der Irrsinn dieses Systems, seine eigenen Widersprüche so deutlich zutage. Während ein Teil des Kapitals, vor allem der mit wichtigen internationalen Verbindungen, vor solchen Entwicklungen warnt, weil er seinen Profit in Gefahr sieht, will ein anderer Teil ungestört Kasse machen, produzieren und Kosten um jeden Preis sparen. Da sind Ausgaben für das Gesundheitswesen „lästig“. Man will die internationale Ausbeutungskette, die sie „Wertschöpfungskette“ nennen, nicht zerstören. So ist es typisch für den Kapitalismus, dass die Bundesregierung und der Bundestag seit 2012 über die realen Gefahren einer Pandemie Bescheid wussten, aber trotzdem nichts unternahmen. Es hätte die Profite geschmälert.

Profit, Profit – über alles!

Selbst in Zeiten großer Gefahr für die Gesundheit vieler Menschen zählt nur der Profit. Was soll man auch von einem System erwarten, dass mit Rüstungsexporten und Kriegen viel Geld verdient. Menschlich war es nie. Es hat sich nur immer ein „menschliches Antlitz“ durch Propaganda gegeben.

So geht denn auch jetzt der Konkurrenzkampf unvermindert weiter. Ein Beispiel dafür ist der mittlerweile gestoppte Versuch des US-Imperialismus unter Trump, die Tübinger Firma Curevac zu kaufen, weil diese sehr weit bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Corona ist. Dazu sollte dieser Impfstoff exklusiv in den USA verkauft werden. Das ist die viel beschworene „westliche Wertegemeinschaft“.

Auch unter den großen Monopolen geht der Konkurrenzkampf weiter. Jeder ver-

**Kontakt zu uns: 01520-6361023
info@arbeit-zukunft.de**

sucht, sich knappe Rohstoffe und Zuliefer-
teile zu sichern – gegen die Konkurrenz.

Auf internationaler Ebene geht bereits
der Kampf um staatliche Subventionen
los, nicht nur in Deutschland. Hier geht es
darum, wer überlebt und nach Möglichkeit
gestärkt aus der Krise hervorgeht.

„Finanzexperten“ geben bereits Rat-
schläge, wie man von der Krise profitie-
ren kann. In der Stuttgarter Zeitung vom
13.3.20 stand, dass die „DZ-Bank“ dazu rät
abzuwarten, bis die Aktienkurse so niedrig
sind, dass man billig einkaufen kann. Das
könne eine der besten Anlagemöglichkei-
ten der letzten Jahrzehnte sein. Hedgefonds
würden auf eine Gelegenheit zum günsti-
gen Einkauf lauern.

Noch mehr „Hilfe“ für das Kapital – bis
hin zu Verstaatlichungen fordern „Wirt-
schaftsweisen“ wie Beatrice Weder di Mau-
ro und Peter Bofinger, Sebastian Dulien,
Chef des gewerkschaftsnahen Instituts
IMK, Michael Hüther, Direktor des arbeit-
gebernahen Instituts der deutschen Wirt-

schaft und andere. Klassische Konjunk-
turprogramme würden nicht mehr helfen.
Zu der schon anlaufenden Wirtschaftskrise
sei nun die Corona-Krise hinzugekommen.
Die Talfahrt würde beschleunigt. Da helfe
nur billiges Geld, Steuersenkungen und im
Notfall Verstaatlichungen.

Das ist krass. Nicht nur der Schulter-
schluss zwischen Arbeitgebern und Ge-
werkschaftsführung, sondern vor allem,
dass die, die jahrelang die Leier von der
Überlegenheit des Marktes gesungen und
Propagandaschlachten für Privatisierun-
gen geschlagen haben, auf einmal nach
Verstaatlichung rufen. Damit zeigen sie
deutlich, dass dieses System nur so lange
funktioniert, wie eine kleine Gruppe Rei-
cher und Superreicher Profite machen kön-
nen. In einer Krise ist dieses System eine
einzige Katastrophe!

Das konservative „British Medical Jour-
nal“ fragt: „*Ist es an der Zeit, die Pharma-
industrie zu verstaatlichen?*“ Eine mehr als
berechtigte Frage! Seit den ersten neuarti-

gen Infektionskrankheiten wie SARS und
MERS, die auf Coronaviren zurückgehen
und 2002 gerade noch eingedämmt wer-
den konnten, war klar, dass dringend ein
antiviraler Impfstoff auch für zukünftige
Pandemien benötigt wird. Doch die Ent-
wicklung ist teuer. Die Stuttgarter Zeitung
schrieb am 16.3.20 dazu: „*Sars und Mers
waren, zynisch gesprochen, nicht schlimm
und umsatzträchtig genug.*“ Eine Bankrott-
erklärung des Kapitalismus!

Wir können dem „British Medical Jour-
nal“ nur zustimmen. Es ist an der Zeit die
gesamte Pharma- und Gesundheitsbranche
zu enteignen und zu verstaatlichen! Mehr
noch: Diese Krise macht überdeutlich, wie
zerstörerisch das kapitalistische Profitsys-
tem ist. Wir brauchen eine andere, eine so-
zialistische Gesellschaft! Dringend! Dabei
können wir aus den Fehlern und Mängeln
des ersten Anlaufs lernen. Das kapitalisti-
sche System, das allein Jahr für Jahr über
8 Millionen durch Hunger und Mangeler-
nährung umbringt, muss beseitigt werden!

Corona und Profit – Gesundheitswesen kaputt gespart



Kapitalismus fügt Ihnen und den Menschen
in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu

Wir fordern:

Sofortige Millionärs- und Milliardensteuer zur Finanzierung des folgenden Notprogramms:

- **Freistellung bei voller Lohnfortzahlung!**
- **Keine Kündigungen!**
- **Erhöhung der Transferleistungen, Renten und Übernahme aller zusätzlicher Kosten,**
die durch die Pandemie bei sozial benachteiligten Gruppen entstanden sind
- **Krisenelterngehalt,** da diese selbst für die Versorgung ihrer Kinder aufkommen müssen
- **Unentgeltliche Bereitstellung aller erforderlichen Schutzmittel**
für Berufe mit viel Menschenkontakt, medizinisches Personal sowie für alle Berufsgruppen,
die ihrer gesellschaftlichen Pflicht nachkommen
- **Die Organisation einer Notfallkinderversorgung!**
- **Versorgung aller obdach- und wohnungslosen Menschen sicherstellen!**
- **Milliarden für die Gesundheitsversorgung** statt für die Großkonzerne und Monopole!
- **Unterstützung von Kleinbetrieben! Schutz vor Insolvenz!**
- **Enteignung der Pharma- und Gesundheitskonzerne!**
- **Unentgeltliches, staatliches Gesundheitswesen!**
- **Gleiche medizinische Behandlung für alle! Keine Privatbehandlung!**

Kapitalismus ist tödlich

www.arbeit-zukunft.de | facebook.com/arbeitszukunft | info@arbeit-zukunft.de | 01520 - 6 36 10 23

Als Sofortmaßnahmen fordern wir:

- **Solidarische, unentgeltliche Unterstützung**
von Risikogruppen bei lebensnotwendigen
Alltagsbedarf wie Einkauf und Pflege!
- **Sofortige Schließung aller**
Bildungseinrichtungen und Betriebe mit
Ausnahme der für die Versorgung nötigen!
Lehrinhalte weiterhin zugänglich machen!
- **Gesellschaftliche Planung und Gestaltung der**
Produktion und Dienstleistungen im Interesse
der Bevölkerung! Sofortförderung der Kommunen
und Gemeinden zur Bewältigung der Pandemie!

Weitere Forderungen - siehe
nebenstehendes verkleinertes Plakat

Spendensammlung



Wir brauchen Eure Hilfe!

„Arbeit Zukunft“ lebt allein von ehrenamtlicher
Mitarbeit und Spenden. Alle Aktivitäten wie
Homepage, Zeitung, Flugblätter kosten Geld.
Spenden bitte auf das Konto Verlag AZ, Post-
bank, IBAN DE50 6001 0070 0401 6127 03

Bertelsmann-Stiftung will 800 von 1400 Krankenhäusern schließen

Bereits im Juli 2019 hat die Bertelsmann-Stiftung, die immer wieder durch Kürzungsvorschläge im Sozialbereich auffällt, eine Studie vorgestellt, wonach 800 von derzeit 1400 Krankenhäusern dicht gemacht werden sollen, um die „Behandlung zu verbessern,“. Dazu hat sie Fachleute, Professoren, die solchen Kürzungsgorgien das Wort reden.

Wir verlinken ein ZDF-Interview mit „Gesundheitsökonom“ Thomas Mansky. Claus Kleber nennt ihn am Ende einen „Fachmann“ und gibt damit dem ganzen einen wissenschaftlichen Glorienschein. Doch „Fachmann“ Mansky erklärt dreist, dass die Politik eben die Gesundheitskosten nicht an das gestiegene Bruttosozialprodukt anpasst, sondern deckelt. Und da das so sei, müsse man damit leben und die „Strukturen“ entsprechend anpassen. Im Klartext sagt er: Politische Entscheidun-

gen sind Gesetze und dürfen nicht in Frage gestellt werden. Dann müssen wir halt kürzen, konzentrieren, rationalisieren.

Die Bertelsmann-Stiftung arbeitet schon seit langem mit neoliberalen Argumenten für Sozialkürzungen. Sie vertritt die Interessen des Kapitals. Wenn Claus Kleber einen Vertreter dieser Lobbyorganisation des Kapitals als „Fachmann“ vorstellt, dann wird genau dieser Zusammenhang verdeckt. Es zeigt aber die Gesinnung des Kapitals: Gesundheitskosten sind lästig und müssen minimiert oder privatisiert werden, damit man damit Profite machen kann.

Im Zeichen der Corona-Krise wird deutlich, wie extrem das Gesundheitswesen bereits ruiniert wurde. Und die Herrschenden planen, es weiter zu ruinieren.

Hier der Link zum Interview:

<https://twitter.com/heutejournal/status/1150853791140458501>

Statt 3635 Krankenhäusern 1966 gab es 2015 nur noch 1956 und 2019 ca. 1400.

Quelle: wikipedia

Träger der Krankenhäuser seit 1966

Überschrift	öffentliche	frei-gemeinnützige	privat-wirtschaftliche	Gesamt
Krankenhäuser 2015	577	679	700	1.956
Krankenhäuser 2013	596	706	693	1.995
Krankenhäuser 2012	601	719	697	2.017
Krankenhäuser 2010	630	755	679	2.064
Krankenhäuser 1991	1.109	944	358	2.411
Krankenhäuser 1966	1.366	1.291	978	3.635
Betten 2015	240.653	167.566	91.132	499.351
Betten 2013	240.541	170.095	89.949	500.585
Betten 2012	240.275	171.170	90.044	501.489
Betten 2010	244.254	173.457	85.038	502.749
Betten 1991	297.731	200.859	48.710	547.300
Betten 1966	352.603	233.651	54.118	640.372

Sparkurs im Gesundheitswesen geht auch in Zeiten der Corona-Krise weiter! Gesetzentwurf: Notfallzentren sollen reduziert werden!



Notaufnahme der Uniklinik Freiburg

Foto: Andreas Schwarzkopf, wikipedia, CC-Lizenz 3.0

Wie heuchlerisch die Bundesregierung agiert, zeigt sich daran, dass Gesundheitsminister Jens Spahn mitten in der Corona-Krise einen Gesetzentwurf vorlegt, durch

Krisenprofiteure ungehindert am Werk: Preise für Medikamente und Schutzausrüstung steigen rasant!

Auch in der Krise „funktioniert“ der Kapitalismus wie immer. Profit geht vor!

So klagen Intensivmediziner über einen massiven Preisanstieg bei wichtigen Medikamenten. Die Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin nennt als Beispiel das Narkosemittel Propofol. Der Preis einer Ampulle habe sich von einem auf 20 Euro erhöht. Dieses Narkosemittel wird derzeit dringend benötigt!

Die Regierung lässt dem Profitstreben freien Lauf. Der Markt regelt angeblich alles bestens. Und aus der Not lässt sich hoher Profit herauschlagen.

In Südkorea, das ja kapitalistisch ist, wur-

den die Notfallversorgung nicht etwa ausgebaut, sondern weiter abgebaut werden soll. Während er billige Propagandaparen hinausposaunt, es werde alles getan, zerstört er das Gesundheitswesen weiter.

In Zukunft soll es für 500.000 Einwohner nur noch eine Anlaufstelle geben. Notfallstationen in vielen kleinen, meist ländlichen Kliniken sollen geschlossen werden. Am Beispiel des Landkreises Böblingen bedeutet das: Eine Notfallstation für derzeit rund 80.000 Behandlungsfälle zentral in Böblingen. Das ist bei der personellen Besetzung aber durch eine Klinik nicht zu

den massenhaft Corona-Tests durchgeführt und Infizierte isoliert. Dadurch ist der Anstieg radikal gebremst worden. Mittlerweile geht die Erkrankungsrate massiv zurück wie in China. Man hat keine Ausgangssperren nötig gehabt, da Erkrankte rasch erkannt wurden. Aber in Deutschland wird die Zahl der Tests zurückgefahren, weil man nicht genügend Tests hat! Das kostet halt Geld! Dafür werden alle Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes geschleift.

Ein Leser berichtete uns: „Dann noch das, der Preis für Schutzhandschuhe und dergleichen ist um ein Vielfaches gestiegen (von 3-5 Euro auf 99,90 Euro bei Real). Desinfekti-

schaffen. Ärzte und Kliniken protestieren einhellig, weil das kompletter Blödsinn ist. Gerhard Fuchs, Leiter des Rettungsdienstes des DRK macht den Unsinn deutlich: Ein Patient mit einer Platzwunde am Kopf aus Herrenberg muss am Herrenberger Krankenhaus vorbei 30 km weit nach Böblingen transportiert werden. Dort gibt es die Notfallbehandlung. Sollte dann eine stationäre Aufnahme nötig sein, muss er wieder zurück nach Herrenberg und dort ins Krankenhaus gebracht werden. Aber, da ja die kleineren Krankenhäuser dadurch insgesamt weniger Auslastung haben werden, könnte ihnen auch eine Schließung wegen „Unwirtschaftlichkeit“ drohen.

Der Kapitalismus zeigt sein hässliches Gesicht!

onsmittel kosteten bisher gut 30 Euro und jetzt 129,50 Euro (auch Real in einer Werbeanzeige). Das ist Kapitalismus. Und warten wir mal ab, welche Auswirkungen sich durch den blinden Aktionismus unserer Regierung ergeben. Ich denke da an die wirtschaftlichen Dinge wie Konkurse, Entlassungen und andere Katastrophen. Auch das darf dann von der breiten Volksmasse ausgebügelt werden... Und noch etwas, was ich kritisiere. Der Corona-Virus ist ein hervorragender Vorwand, mit dem die Bevölkerung diszipliniert werden soll, und es wird gemacht. Etwas Besseres hätte den Herrschenden nicht passieren können...

Es wird Zeit, nicht mehr am Kapitalismus herumzudoktern, sondern ihn zu zerschlagen zugunsten eines besseren Gesellschaftssystems.“